

Derek J. Penslar

Technisches Wissen und der Aufbau des Staates Israel

Die zionistische Bewegung schätzte technisches Fachwissen als wesentliches Hilfsmittel für den Aufbau eines jüdischen Heimatlandes. Dennoch bestand in den Jahrzehnten vor der Gründung des Staates Israel innerhalb der zionistischen Bewegung Uneinigkeit darüber, welche Rolle technische Experten in der zionistischen Führung spielen sollten. Nach der vorherrschenden Meinung, wie sie etwa von Mitgliedern der jüdischen Arbeiterbewegung im britischen Mandatsgebiet Palästina (im sogenannten *Jischuv*) vertreten wurde, sollte den Fachleuten nur die Rolle von Beratern der politischen Führung zugestanden werden. Eine Minderheit, die eng mit dem amerikanischen Zionistenführer Louis Brandeis verbunden war, plädierte jedoch dafür, die Errichtung der jüdischen Heimstätte gut ausgebildeten Managern und Technikern anzuvertrauen, da diese gegen Beeinflussung durch politische Ideologien oder Interessen gefeit seien.

Die intellektuellen Wurzeln der erstgenannten Auffassung lagen in der Politischen Ökonomie der Jahrhundertwende, welche Wissenschaft als unentbehrliches Hilfsmittel staatlicher Macht betrachtete. Die meisten führenden Persönlichkeiten der Zionistischen Organisation (ZO) nach dem Ersten Weltkrieg verstanden ihre Organisation als eine Regierung, deren Aufgabe es sei, die Errichtung der nationalen Heimstatt in Palästina voranzubringen und gegebenenfalls zu finanzieren. Die Leiter der zionistischen Siedlungsgesellschaften sahen den landwirtschaftlichen Sektor als Rückgrat der künftigen jüdischen Nationalökonomie und gingen davon aus, dass dessen Entfaltung mehr finanzielle und technische Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beanspruchen würde als der städtebauliche oder der industrielle Sektor. Junge Pioniere aus dem osteuropäischen Arbeitermilieu waren die größten Nutznießer der Unterstützung durch die ZO. Sie teilten zwar mit der ZO die hohe Wertschätzung technischen Wissens, hegten aber zugleich ein tiefes Misstrauen gegenüber den technischen Facharbeitern, die sie verdächtigten, diktatorisch herrschen und die

Handlungsfreiheit der einfachen Arbeiter einschränken zu wollen. In den Augen der Arbeiterpioniere sollten die technischen Experten nicht die Führung übernehmen, sondern den Arbeitern notwendige Ressourcen und Kenntnisse zugänglich machen, damit diese sie dann nach eigenem Ermessen einsetzen konnten. Führende Persönlichkeiten in den Siedlungsprojekten der ZO akzeptierten die untergeordnete Stellung der technischen Experten und zogen diese heran mit dem Auftrag, der Arbeiterbewegung Orientierung zu bieten, sie aber nicht beim Aufbau der genossenschaftlichen Agrarsiedlungen, die zwar aus öffentlichen Mitteln finanziert, aber autonom verwaltet wurden, zu leiten.

Das anti-professionelle, autodidaktische, zugleich aber politisierte Technikverständnis der zionistischen Arbeiterbewegung war sowohl im *Jischuv* als auch in der ZO fortwährend Gegenstand von Kritik. Die zionistische Bewegung hatte von Anfang an eine andere Auffassung von Technologie vertreten, die eher betriebswirtschaftlich als politökonomisch geprägt war und sich mehr am Modell eines Unternehmens als am Staat orientierte. Diese Auffassung war vor allem in den 1920er Jahren sehr populär, und für kurze Zeit gewannen ihre Vertreter erheblichen Einfluss auf die Siedlungsprojekte der ZO. Im Zuge der Unruhen in den Jahren 1929–39 wurden Politik und Ökonomie jedoch wieder eng miteinander verschmolzen. Technisches Fachwissen wurde im Zuge dessen erneut in den Dienst der politischen und militärischen Führung des *Jischuv* gestellt.

Sowohl in der politökonomischen als auch in der betriebswirtschaftlichen Auffassung zionistischer Kolonisierung verstand man unter „technischem Fachwissen“ Führungs- und Verwaltungsqualitäten, gepaart mit der Fähigkeit zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das ganze 20. Jahrhundert hindurch galt es als ausgemacht, dass Verwaltung und Wissenschaft symbiotisch miteinander verbunden seien; Experten aus der Industrie sollten Technologien entwickeln, die dann Experten der Politik- und Verwaltungswissenschaft implementierten. Daher bezieht sich der Begriff „technisches Fachwissen“ in diesem Aufsatz auf alle Formen zweckrationalen Verhaltens, die auf Spezialwissen beruhen.

Wissenschaft, Technik und Zionismus

Das Europa des 19. Jahrhunderts war in hohem Maße technophil: Alles wurde überstrahlt von der optimistischen Vor-

stellung, die Menschheit wäre unbegrenzt in der Lage, ihre Umwelt zum Wohle aller zu gestalten. Allerdings waren die Auswirkungen dieses europäischen Technikethos auf die jüdischen Befindlichkeiten eher begrenzt. Zwar berichtete die jüdische Presse ausführlich über wissenschaftliche Innovationen, aber diese Berichte waren von dem allgemeinen Bestreben getragen, Aufklärung und emanzipatorische Ideen zu verbreiten. Selbst in den relativ offenen westeuropäischen Gesellschaften war die Medizin die einzige anwendungsbezogene Wissenschaft, in der Juden stark vertreten waren. Es gab zwar durchaus einige jüdische Vorreiter in der elektrochemischen Industrie Europas (darunter Emil Rathenau, der Begründer der AEG in Deutschland, und der Glühbirnenfabrikant und Zionistenführer Johann Kremenetzky in Österreich), russische Juden studierten an führenden technischen Hochschulen in Mitteleuropa und eine gewisse Anzahl berühmter jüdischer Mathematiker, Chemiker und Physiker war an deutschen Universitäten beschäftigt. Diese Gruppe umfasste allerdings eine verschwindend kleine Minderheit der Juden. Und was noch schwerer wiegt: Sie übernahmen keine Führungsrolle innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts an bis zum Ersten Weltkrieg bestand die jüdische Führungsschicht in erster Linie aus Geschäftsleuten, zu ihnen gesellten sich im Lauf der Jahre zunehmend auch Mediziner und Juristen.

Diese Führungskräfte erkannten die Wichtigkeit von organisatorischem und wirtschaftlichem Fachwissen für die Entwicklung umfassender Maßnahmen zur Bekämpfung jüdischer Armut und Landstreicherei. Solche Probleme hatte es in der jüdischen Gesellschaft schon immer gegeben, aber durch die massenhafte Abwanderung von verarmten Ostjuden nach Westeuropa seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten sie sich verschärft. Nach 1914 wurde die jüdische Sozialpolitik erheblich ausgeweitet und im Zuge dieser Entwicklung merklich professionalisiert. So versuchte das *American Jewish Joint Distribution Committee* während des Ersten Weltkriegs, die Not der schwer heimgesuchten jüdischen Gemeinden in Osteuropa zu lindern, und unterstützte nach dem Waffenstillstand deren Wiederaufbau. Offiziellen Angaben des *Committee* zufolge geschah dies durch den Einsatz „fähiger Sozialarbeiter“ – *“a group of efficient social engineers, experts in welfare work and relief, men and women trained in medical sanitation, migration, child care, cultural and economic*

affairs“.¹ In Russland unternahm die *American Jewish Joint Agricultural Corporation* (kurz *Agro-Joint* genannt) zusammen mit der *Jewish Colonization Association* (JCA), die ihren Sitz in London hatte, erhebliche Anstrengungen, aus sozial deklarierten russischen Juden respektable Bauern zu machen, indem sie einen ganzen Stab von landwirtschaftlichen Fachkräften und Maschinenbauern unterhielt.

In ähnlicher Weise förderten nicht-zionistische philanthropische Einrichtungen die technische Entwicklung im zunächst unter osmanischer, dann unter britischer Herrschaft stehenden Palästina. Die *Alliance Israélite Universelle*, die 1870 die landwirtschaftliche Schule Mikve Israel in der Nähe von Jaffa gegründet hatte, war die erste Organisation, die ausgebildete Agronomen in der jüdischen Landwirtschaft einsetzte. Das Siedlungsprojekt des Baron Edmond de Rothschild, das 1900 der JCA anvertraut worden war und 1924 der unabhängigen *Palestine Jewish Colonization Association* (PICA) übertragen wurde, investierte gewaltige Summen in landwirtschaftliche Technologie und brachte eine große Anzahl landwirtschaftlicher und technisch ausgebildeter Fachleute ins Land. Bei diesen Unternehmen, die von reichen jüdischen Finanziers und Verwaltungsfachleuten geleitet wurden, spielten wissenschaftliche Experten als Führungskräfte nur eine untergeordnete Rolle. Die wohltätigen Einrichtungen schätzten das Fachwissen um seines praktischen Nutzens willen und gründeten darauf weder ihre Autorität, noch empfangen sie daraus die Inspiration für eine große gesellschaftliche Vision.

Im Gegensatz dazu diente die Technologie in der zionistischen Bewegung sowohl ideologischen als auch praktischen Zwecken. Die zionistische Ideologie war in hohem Maße utopisch geprägt. Von den saint-simonistischen Manifesten, worin die transformative Macht von Wissenschaft und Technik verkündet wurde, bis zu den phantastischen Zukunftsromanen des *fin de siècle* vertraten die utopischen Richtungen des 19. Jahrhunderts die liberale Auffassung, nach der der Mensch Subjekt und Objekt von Verbesserungen sein könne. Die Wunderwerke der modernen Wissenschaft sind in zionistischen Entwürfen stets präsent, nicht nur in Theodor Herzls bekanntem utopischen Roman *Altneuland*, sondern auch in anderen

¹ *Thirty Years. The Story of the Jewish Distribution Committee*. New York 1945, S. 14.

literarischen Schöpfungen zionistischer Phantasie, die bis in die 1880er Jahre zurückreichen. In diesen Phantasien verband sich die Verehrung von Technologie (im engeren Sinne) als angewandter Naturwissenschaft und industriellem Wissen mit einer Aufwertung der Technologie (im weiteren Sinne) als Gesellschaftsplanung. Im Falle Herzls ging die Begeisterung für Sozialtechniken der Faszination für die angewandte Naturwissenschaft voraus: Seine programmatische Schrift *Der Judenstaat*, der Entwurf einer sorgfältig durchorganisierten Massenkolonisierung Palästinas, schrieb er etliche Jahre vor dem technophil geprägten Roman *Altneuland*.

Die zionistische Bewegung war politisch ausgerichtet, und sie teilte die vom 19. Jahrhundert bis heute reichende Überzeugung, dass die Wissenschaft ein wesentliches Hilfsmittel bei der Umsetzung staatlicher Macht ist. Der politische Zionismus war ein Kind des imperialistischen Zeitalters; einer Epoche also, die nicht nur durch die europäische Eroberung weiter Teile der Welt geprägt war, sondern auch als eine Zeit rasanten technologischen Wandels bekannt ist, der die Expansion und die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte der europäischen Nationalökonomien erst ermöglichte. Für Herzl war das Schicksal des Zionismus nicht nur deshalb mit der Wissenschaft verbunden, weil die ZO bei der Besiedlung Palästinas mit enormen technischen Herausforderungen konfrontiert wurde, sondern auch weil sie mit einem zutiefst politischen Unternehmen befasst war. Herzls Sicht stieß sogar bei vielen seiner Gegner im Lager der sogenannten „praktischen“ Zionisten auf Zustimmung, die eigentlich für die sofortige Aufnahme der Besiedlung plädierten. Otto Warburg, einer der herausragenden Vertreter dieses praktischen Zionismus, war Professor für Botanik und wissenschaftlicher Berater für die deutschen Kolonien. 1903, im Jahr vor Herzls Tod, und darüber hinaus noch drei weitere Jahre, betrieb Warburg mit einer Gruppe von Unterstützern die wissenschaftliche Erschließung Palästinas und betonte in vielen Veröffentlichungen die Parallelen zwischen dem Zionismus und den europäischen imperialistischen Unternehmungen im Nahen Osten.

Im ersten Jahrzehnt der Siedlungstätigkeit der ZO (1908–1918) machten die führungspolitische Ineffizienz in Europa und ein Machtvakuum im *Jischuv* es möglich, dass Arthur Ruppin, ein technischer Experte im weiten, gesellschaftspolitischen Sinne, die führende Figur in der Siedlungspolitik wurde. Als politischer Ökonom brachte Ruppin die etatistische und

agrarische Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik des *fin de siècle* in die zionistische Bewegung ein. Unter seiner Ägide entwickelte sich die von öffentlichen Einrichtungen finanzierte zionistische Siedlungsarbeit, und die Arbeiterpioniere im *Jischuv* wurden eng an die ZO gebunden. Doch Ruppins Machtposition war nur von kurzer Dauer: Während des Ersten Weltkriegs bildeten sich sowohl in der ZO als auch im *Jischuv* einflussreiche politische Eliten heraus, die im Zeitraum nach der Balfour-Erklärung komplexe, gleichzeitig symbiotische und antagonistische Beziehungen zu den Technokraten des Zionismus aufbauten.

Zionistische Arbeiterbewegung und Technik in Palästina, 1918–1936

Während der Mandatszeit waren Technokraten zwar nicht die führenden Kräfte in der ZO oder im *Jischuv*, aber ihre Macht war deutlich zu spüren. Zionistenführer ließen sich von Experten beraten und legitimierten strategische Entscheidungen unter Verweis auf den Standpunkt der Fachleute. Jede rivalisierende zionistische Führungsgruppe hielt ihren jeweils eigenen Stab von Experten, die jeweils die Vorzüge der einen Siedlungspolitik in Palästina gegenüber allen anderen betonten. Besonders nachdrücklichen Anspruch auf die politische Führung erhob die Arbeiterbewegung aus dem *Jischuv*, deren technische Experten ein überzeugendes und letzten Endes erfolgreiches technisches Ethos entwickelten. Es ist erstaunlich, dass ein so kleiner Sektor der jüdischen Siedler in Palästina wie die Arbeiterbewegung, die über keinen nennenswerten finanziellen Rückhalt im Ausland verfügte, während der 1920er Jahre in einer internationalen jüdischen Vereinigung, die von Juden aus der Mittelklasse geleitet und weitgehend finanziert wurde, so erheblichen Einfluss ausübte. Insbesondere Arthur Ruppin, der seit seiner Übersiedlung nach Palästina mit den Bestrebungen der dortigen Arbeiterschaft sympathisierte und deren Versuche zu kollektiver Siedlungstätigkeit unterstützte, verschaffte der Arbeiterbewegung Zugang zur Macht. Agronomen mit Neigungen zur Arbeiterpartei wie Jizchak Wilkansky von *ha-Poel ha-zair* („der junge Arbeiter“) und Akiva Ettinger von *Achdut ha-Avoda* („vereinigte Arbeit“), Schlüsselfiguren bei der Siedlungsplanung in den 1920er Jahren, waren vor dem Ersten Weltkrieg von Ruppin für die ZO gewonnen worden.

Im Laufe der 1920er Jahre ging Ruppins Einfluss zurück. Die Arbeiterschaft brachte ihre eigenen Fachkräfte hervor, die zuweilen gemeinsam mit Ruppin, zuweilen hinter seinem Rücken die Ansiedlung von Arbeitern (*Hitjaschvut ovedet*) zu fördern suchten. Vom Ende des Ersten Weltkriegs an bis 1924, während die „dritte Welle“ jüdischer Einwanderer ins Land strömte, leitete Ettinger die Abteilung für Landwirtschaft, und damit die wichtigste Abteilung innerhalb des zionistischen Siedlungswerks. Als die ZO-Exekutive in Palästina 1921 ein Koordinationsgremium einrichtete, das so genannte Landwirtschaftliche Komitee (*Vaad chakla'i*), waren darin fünf von sieben Mitgliedern mit der Arbeiterbewegung liiert oder unterstützten deren Bestrebungen und Methoden. Zwischen 1924 und 1927, dem Zeitraum der „vierten Einwanderungswelle“, übernahm der Ingenieur Schlomo Kaplansky, eine führende Persönlichkeit von *Achdut ha-Avoda* und der internationalen Vereinigung der *Poale Zion* („Arbeiter von Zion“), die Leitung der Siedlungsabteilung.

Wie ist die dominierende Rolle der zionistischen Arbeiterbewegung in den für die Besiedlung des Landes zuständigen Einrichtungen der ZO zu erklären? Zunächst ließen sich dafür rein pragmatische Gründe anführen: Der *Jischuv* war auf den landwirtschaftlichen Sektor angewiesen, die Arbeiterbewegung war die einzige Quelle für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, und die ihr nahestehenden Fachleute verfügten über die dringend notwendigen landwirtschaftlichen Kenntnisse. Aber *Hitjaschvut ovedet* war keineswegs das einzige mögliche Modell für die Besiedlung des Landes, und die Fachleute der zionistischen Arbeiterbewegung waren nicht die einzigen Experten, die der Zionistischen Organisation zur Verfügung standen. Die Antwort auf unsere Frage dürfte daher teilweise auch in der Dynamik und Tatkraft der Aktivisten der Arbeiterbewegung zu finden sein. Außerdem verfügte die bürgerliche Führung der ZO über genügend gemeinsame ideologische Grundlagen mit der Arbeiterbewegung, so dass es nicht abwegig erschien, dass der Löwenanteil des Besiedlungsbudgets der ZO an die *Hitjaschvut ovedet* in ihren verschiedenen Ausprägungen ging.

Innerhalb der zionistischen Bewegung herrschte ein breiter, wenn auch nicht totaler Konsens darüber, dass eine solide jüdische Nationalökonomie auf einen starken landwirtschaftlichen Sektor angewiesen war. Durch die reichlich verfügbaren billigen Arbeitskräfte verfügte die arabische Landwirtschaft über entscheidende wirtschaftliche Vorteile. Ökonomisch er-



1 Arthur Ruppin

folgreich konnte jüdische Landwirtschaft deshalb nur auf öffentlichen Ländereien betrieben werden, wo arabische Arbeitskräfte grundsätzlich nicht zugelassen waren. So verkündete etwa Wilkansky, ein Agronom der zionistischen Arbeiterbewegung, der öffentliche Besitz von Grund und Boden sowie der ausschließliche Einsatz von hebräischen Arbeitskräften sei „nicht moralisch bedingt, sondern schlichte Notwendigkeit“; das landwirtschaftliche Kooperativ sei „ein Mittel der nationalen Notwehr“.² Allerdings wurde die *Hitjaschvut ovedet* nicht nur als politische Notwendigkeit betrachtet; die nach dem Ersten Weltkrieg in Europa und in fortschrittlichen amerikanischen

Kreisen übliche Auffassung, wonach ein gewisses Maß an nationaler Kontrolle über Bodenschätze und die Schwerindustrie dem Wohl der Gesellschaft zuträglich sei, war bei Zionisten auf allen Seiten des politischen Spektrums verbreitet.

Ein kontroverserer Aspekt der *Hitjaschvut ovedet* war der kollektive Charakter des *Kibbuz* beziehungsweise der *Kevuza*. Dieser war zum einen durch die ideologische Ausrichtung eines Teils der jugendlichen Pioniere bedingt, zum anderen durch den konstanten Druck der noch nicht sesshaft gewordenen Arbeitskräfte in Palästina, die eine möglichst rasche und billige Form der Niederlassung suchten. Bürgerliche Zionisten dagegen betrachteten die kollektive Siedlungsform letztlich als wirtschaftlich und sozial undurchführbar. Sie bevorzugten eine andere Form der *Hitjaschvut ovedet*: den *Moschav*. Nach diesem Modell blieb ein gewisser Privatbesitz gewahrt, während Ankauf, Verkauf und Verwaltung gemeinschaftlich geregelt wurden. Trotz dieser Gegenstimmen behielt das Kollektiv eine hohe Attraktivität für viele Zionisten, auch außerhalb der Arbeiterbewegung. Die anrührendste Sympathiebezeugung bürgerlicher Zionisten für die kollektive Siedlungsform stammt von Arthur Ruppin. Aus seinen privaten Aufzeichnungen nach dem Ersten Weltkrieg spricht durchweg eine beharrliche, wenn auch unerwiderte und immer wieder enttäuschte Begeisterung für eine radikale Umgestaltung der jüdischen Gesellschaft.

² Yitzhak Wilkansky (Elazar-Volcani): *The Communistic Settlements in the Jewish Colonization of Palestine*. Tel-Aviv 1927 (Nachdruck Westport, Conn. 1976), S. 11f., 15.

Ideologische Vorstellungen beeinflussten nicht nur die grobe Linie der Siedlungspolitik, sondern auch technische Einzelheiten, von denen man annehmen könnte, dass sie nach rein objektiven Kriterien entschieden wurden. So hegte etwa Akiva Ettinger eine Vorliebe für die Errichtung von Bergsiedlungen und betrachtete die Gründung von *Kirjat Anavim* im jüdischen Bergland (1920) als eine seiner größten Errungenschaften. Seine Begründungen waren zum Teil durchaus praktischer Art: Der strategische Vorzug von Bergsiedlungen war unverkennbar; sobald sie sich als Siedlungszentren etabliert hätten, würde die jüdische Bevölkerung Palästinas nicht mehr auf die Küstenebene und die ins Binnenland hineinreichenden Talsenken beschränkt bleiben. Ettinger war aber gleichzeitig von der Vorstellung hingerissen, dass jüdische Bauern landwirtschaftlichen Terrassenbau betrieben.

Auf einer ähnlich komplexen Mischung aus Romantik und Pragmatik beruhte das von den Technikern der ZO entworfene Bewässerungssystem. Bis um die Mitte der 1920er Jahre hielten Agronomen noch wenig davon, Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft einzusetzen. Die hohen Kosten der Bewässerung und der erhebliche technische Aufwand, der mit dieser Praxis verbunden ist, erklären diese ablehnende Haltung. Doch auch abgesehen von diesen technischen Einwänden erschien Ettinger der Einsatz künstlicher Bewässerung als wenig attraktiv und Wilkansky lehnte ihn sogar ganz ab. Ihre landwirtschaftlichen Vorbilder – osteuropäische Bauern, palästinische Fellachen und die landwirtschaftlichen Siedlungen der deutschen Templer in Palästina – verzichteten allesamt auf künstliche Bewässerung. Erfolgreich eingesetzt wurde diese Technik beim Anbau von Zitrusfrüchten in den *Moschavot* (Fruchtbau-Siedlungen). Gerade dieser Erfolg aber verlieh der Bewässerungstechnik einen kapitalistischen Anstrich, der den Fachleuten der ZO ein Dorn im Auge war. Mitte der 1920er Jahre ließ Kaplansky, der Leiter der Siedlungsabteilung, dennoch ambitionierte Experimente mit künstlicher Bewässerung durchführen. Der Direktor für Ackerbau der landwirtschaftlichen Experimentierstation der ZO, Schlomo Zemach, leitete die Bewässerungsexperimente und ließ in galiläischen Siedlungen künstlich bewässerte Felder anlegen. Für den Anbau von Futtergetreide und damit für die Milchwirtschaft war die künstliche Bewässerung unerlässlich. Die Milchwirtschaft wiederum galt den Siedlungsplanern als Inbegriff fortschrittlicher Landwirtschaft und bot die Möglichkeit, sowohl *Kibbu-*

zim als auch *Moschavim* autark und vom Feldbau unabhängig zu machen.

Dieselben Ideologien, die hinter der *Anwendung* technischen Wissens standen, beeinflussten auch bereits die *Produktion* dieses Wissens. Einerseits genoss die Landwirtschaft hohes Ansehen, und Agronome stellten ihre Fähigkeiten trotz schlechter Bezahlung willig in den Dienst des *Jischuv*, weil Landarbeit im zionistischen Denken einen so hohen Stellenwert hatte. Andererseits empfanden die arbeitenden Pioniere der zweiten und dritten Einwanderungswelle zwar Hochachtung vor technischem Können, hegten aber ein tiefes Misstrauen gegenüber den Fachleuten, in denen sie bis zum Beweis des Gegenteils nach Alleinherrschaft strebende Bürokraten sahen. Der obsessive Pragmatismus der zionistischen Arbeiterbewegung, ihre Verehrung des praktischen Wissens und ihre Verachtung für jede Art des Lernens, das nicht auf praktischer Lebenserfahrung beruhte – all das bewog die Arbeiter, am Wert formaler landwirtschaftlicher Ausbildung zu zweifeln. Fachkenntnisse und Expertentum wurden im Zionismus in einem stark demokratisierten und politisierten Rahmen gefördert und vorangetrieben – ein Umstand, den Sarfatti Larson als „bürgerliche Gleichheit im Verhältnis von Wissenschaftlern und Laien“³ bezeichnet hat.

Für die Technokraten des zionistischen Siedlungswerks bestand Führung weitgehend darin, die Interessen der Arbeiterschaft im *Jischuv* zu vertreten und Spenden in Europa aufzutreiben. Ihre Tätigkeit und ihre Methoden waren deshalb unaufhörlich einem Sturm von Kritik ausgesetzt. Seit den ersten Siedlungsversuchen der ZO im Jahr 1903 hatten konservative Finanzfachleute in den leitenden Gremien sich energisch gegen die Verwendung von öffentlichen Mitteln für riskante und unrentable Siedlungsexperimente ausgesprochen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurde gegen Kollektiv-Siedlungen der Vorwurf erhoben, sie verschleuderten öffentliche Mittel und stellten soziale Belange über wirtschaftliche Erwägungen. Die 1920er Jahre waren von diesen erheblichen Spannungen zwischen der Siedlungs- und der Finanzabteilung der ZO geprägt, und häufig stand dabei die Verschwendung von

³ Magali Sarfatti Larson: *The Production of Expertise and the Constitution of Expert Power*. In: Thomas Haskell (Hg.): *The Authority of Experts: Studies in History and Theory*. Bloomington 1984, S. 67.

Geldern zur Debatte, welche für soziale Experimente von zweifelhaftem Wert ausgegeben würden.

Nach dem Ersten Weltkrieg fanden die konservativen Finanzfachleute einen Fürsprecher in Louis Brandeis. Dieser plädierte für eine geschäftsorientierte und effiziente Besiedelung durch unabhängige Behörden, die unter der Leitung von Fachmännern standen. Nach Brandeis sollten diese Behörden und deren Leiter frei von Ideologie sein und keine politischen Interessen verfolgen. Unter einem Fachmann verstand Brandeis den Technokraten im klassischen Sinne – einen tüchtigen, unpolitischen Geschäftsmann nach dem Muster der *production engineers*, das amerikanische Soziologen im frühen 20. Jahrhundert entworfen hatten. Brandeis' geschäftlicher Ansatz war nicht kapitalistisch. Er erkannte durchaus an, dass die Infrastruktur der Nationalökonomie im *Jischuv* auf die Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen angewiesen war. Allerdings teilte Brandeis die übliche amerikanische Auffassung, wonach das Ziel der Philanthropie, die Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit, nur dann zu erreichen sei, wenn gemeinnützige Unternehmen ebenso professionell und effektiv geführt würden wie gewinnorientierte Firmen.

Brandeis und seine Anhänger konnten sich in der amerikanischen und internationalen zionistischen Bewegung nicht durchsetzen, aber ein paar Elemente aus dem amerikanisch-technokratischen Programm wurden dennoch übernommen. Unter dem Eindruck einer finanziellen Krise im *Jischuv* und drastisch sinkender Einkünfte schuf die ZO 1927 einen Exekutiv-Ausschuss, in dem die Arbeiterpartei nicht vertreten war. Doch selbst unter dieser neuen Leitung blieben Wilkansky, Zemach und David Stern, allesamt altgediente Mitglieder der Arbeiterpartei, die einflussreichsten Fachleute für landwirtschaftliche Belange.

Zionistische Technokraten, die der Arbeiterpartei nicht angehörten oder ihr sogar feindlich gesinnt waren, waren kaum zu finden. Wer Argumente gegen Getreideanbau und Milchwirtschaft vorbrachte, stieß auf die heftige Opposition des Diplomlandwirts Selig Eugen Soskin. Dieser war der Meinung, der *Jischuv* würde durch eine volle Integration in den Welt-



2 Bewässerungssystem in Deganja Alef

markt, den Import von Grundstoffen und den Export von erstklassigem Getreide am besten verdienen. International anerkannte Fachleute erstellten 1928 unter Leitung von Dr. Elwood Mead vom amerikanischen Innenministerium im Auftrag der *Palestine Survey Commission* ein ausführliches Gutachten. Darin rügten die Autoren die schlampige Betriebsführung und empfahlen im Hinblick auf die geplante Erweiterung der *Jewish Agency* den Abbau des kollektiven Wirtschaftssystems.

Auf diese Vorwürfe entgegneten Techniker der ZO, die Kritiker seien schlecht über die außerordentlich harschen Umweltbedingungen in Palästina informiert. Außerdem fehle ihm jegliches Verständnis für die psychologischen Aspekte einer Rückkehr der Juden zur Bearbeitung ihres eigenen Landes. Solche Vorwürfe gegen ‚fremde Autoritäten‘ wurden von technischen Experten der zionistischen Arbeiterbewegung immer wieder erhoben: Die Fremden würden nach einer flüchtigen Erkundungsfahrt durch Palästina ihre Beobachtungen vor dem Hintergrund ihrer mitgebrachten Erfahrungen deuten und dem zionistischen Siedlungswerk dann auf dieser Grundlage Vorschriften machen. In Ruppins Augen krankte der *Mead Report* nicht so sehr an faktischen Fehleinschätzungen, als vielmehr an mangelndem Einfühlungsvermögen: Weil der Bericht nur mit abstrakten wirtschaftlichen Begriffen operiere, werde er den Aspirationen der Arbeiter, ohne die der *Jischuv* überhaupt keine Landwirtschaft hätte, nicht gerecht. Da die Siedlungsfachleute der ZO den Eindruck hatten, dass ‚Experten von außen‘ die kollektive Psychologie der Arbeiter generell nicht verstehen konnten, lehnten sie nicht nur die Ansichten eines Nicht-Juden wie Mead ab, sondern auch die von Juden wie Soskin, der kein Hebräisch sprach und auch sonst keinen kulturellen Hintergrund mit den jüdischen Landarbeitern in Palästina teilte.

Die Kritik an der zionistischen Siedlungspolitik in den 1920er Jahren hatte keine nennenswerte nachhaltige Wirkung zur Folge. Ihre alternativen Ansätze waren unvereinbar mit dem, was die politische Führung der ZO als wesentliche Interessen der Bewegung definiert hatte. Wo immer rein wirtschaftliche Erwägungen mit polit-ökonomischen kollidierten, trugen letztere den Sieg davon. In Chaim Weizmanns Augen war die zionistische Organisation kein Wirtschaftsbetrieb, sondern eine Regierung; sie verfolgte langfristige nationale Ziele wie den Erwerb eines zusammenhängenden Territoriums und die Verankerung des Einsatzes von hebräischen Arbeitskräften in

allen Wirtschaftsbereichen des *Jischuv*. Weizmann trat zwar als Initiator der *Joint Palestine Survey Commission* auf, was ihn aber nicht daran hinderte, den *Mead-Report* umgehend zurückzuweisen, indem er sich die von Ruppin und dessen Kollegen angeführten Argumente zu eigen machte.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen erschienen die zionistischen Siedlungsfachleute ihren Kritikern als ausschließlich auf die Interessen der Arbeiterbewegung bedacht, während die politische Führung der Arbeiterbewegung selbst fest entschlossen war, den Einfluss dieser Fachleute einzuschränken und die Siedlungspolitik ihrer Kontrolle zu entziehen. Gleich nach ihrer Entstehung im Jahr 1920 begann die zionistische nationale Gewerkschaft (*Histadrut*), die Ansiedlung von Arbeitern zu kontrollieren. Sie schuf ihre eigene Abteilung für Landwirtschaft, das *Merkas chakla'i*. Geleitet wurde diese Abteilung von Abraham Harzfeld, einem Arbeiter ohne landwirtschaftliche Ausbildung, aber mit viel Organisations- und Vermittlungserfahrung, die er seit seiner Einwanderung nach Palästina kurz vor dem Ersten Weltkrieg gesammelt hatte. Ein ebenso bedeutsamer Schritt bei der Übernahme der Kontrolle über den landwirtschaftlichen Ausbau des *Jischuv* durch die *Histadrut* war deren Entscheidung im Jahr 1930, bei der Schaffung eines Bewässerungssystems für die Siedlungen im Tal Jesreel die Initiative zu ergreifen. Das Projekt wurde von Levi Eschkol (Schkolnik) in die Wege geleitet, der damals beim *Merkas chakla'i* arbeitete und sieben Jahre später zum ersten Direktor des nationalen Wasserwerks *Mekorot* ernannt wurde.

Der Aufstieg von *Histadrut*-Funktionären wie Harzfeld und Eschkol in die führenden Gremien der Siedlungspolitik bedeutete für die Zusammensetzung und den Charakter des technologischen Stabs der ZO einen Generationenwechsel. Die alte Garde hatte ihre Ausbildung und praktische Erfahrung noch in Europa erworben. Als sie sich vor dem Ersten Weltkrieg der zionistischen Bewegung angeschlossen hatte, war die Landwirtschaft des *Jischuv* noch unterentwickelt, und die landwirtschaftliche Arbeit wurde überwiegend von Jugendlichen geleistet. Mitte der 1920er Jahre hatten sich die jungen Autodidakten der zweiten Einwanderungswelle allerdings soweit entwickelt, dass sie im *Jischuv* als führende technische Experten fungieren konnten. Diese Machtverschiebung, die sich über die 1920er Jahre hin schrittweise vollzogen hatte, beschleunigte sich um die Mitte der 1930er Jahre, und zwar in der Folge zweier gleichzeitiger, wenn auch unverbundener Ereig-

nisse: der Übernahme der ZO durch die Arbeiterpartei und des arabischen Aufstands in Palästina.

Nachdem die Arbeiterbewegung 1927 aus der Zionistischen Exekutive für Palästina hinausgedrängt worden war, startete sie eine politische Kampagne, die 1935 ihren Höhepunkt erreichte, als die Arbeiterpartei die dominierende Fraktion im Zionistischen Weltkongress stellte. Durch die Wahl Ben-Gurions zum Vorsitzenden sowohl der palästinischen Exekutive als auch der *Jewish Agency* war „der volle politische Rückhalt für die Errichtung von *Kibbuzim* und *Moschavim* gleichermaßen gesichert“, wie der Historiker Henry Near schreibt.⁴ Ein Jahr später wurde die Stabilität des *Jischuv* durch den arabischen Aufstand empfindlich erschüttert; der strategische Wert der *Hitjaschvut ovedet* wuchs, zumal sie nun für die Versorgung einer wachsenden jüdischen Bevölkerung verantwortlich war, während der Zugang zu arabischen Versorgungsquellen unsicher geworden war. So wirkten in der zionistischen Siedlungspolitik politische, militärische und technische Erwägungen zusammen, und Fachleute, die zuvor am Entwurf einer zionistischen Utopie gearbeitet hatten, übernahmen nun die Aufgaben eines Stabs von militärischen Ingenieuren.

Strategische Planung und die Geburt des Staates Israel

Die Verlagerung von einem auf sozialen und wirtschaftlichen Erwägungen beruhenden Siedlungsprogramm auf ein Konzept, das strategische Überlegungen ins Zentrum stellte, erfolgte nach den arabischen Unruhen im *Jischuv* im Jahr 1929. Als Erwiderung auf diese blutigen Ausschreitungen gingen die zionistischen Siedlungsbehörden gezielt daran, einen zusammenhängenden Block jüdischen Territoriums in der Küstenebene zu schaffen, dem Ballungszentrum des *Jischuv*. Nachdem die Peel-Kommission 1937 die Teilung Palästinas vorgeschlagen hatte, bemühten sich die Siedlungsgesellschaften auch um den Erwerb von Ländereien in Galiläa, in der Jordan-Senke um Bet Schean sowie im Negev. Diese Maßnahmen sollten entweder die Teilung verhindern oder zumindest das Maximum an jüdischem Territorium sicherstellen, sollte es tatsächlich zur Teilung kommen. Diese in zwei Richtungen ausgreifende Stra-

⁴ Henry Near: *The Kibbutz Movement: A History*. Band I: *Origins and Growth 1909–1939*. Oxford 1992, S. 316.

ategie wurde als „Konsolidierung“ bezeichnet – ein Terminus, der sich in den 1920er Jahren auf die wirtschaftliche Stabilisierung der Siedlungen bezogen hatte. In diesem Zusammenhang begann die politische Abteilung der *Jewish Agency* mit Mosche Scharet (Schertok) an der Spitze, eine zentrale Rolle in der Siedlungspolitik zu spielen. Scharet förderte die Ausdehnung des *Jischuv* über das „N“ hinaus, das die drei Siedlungsschwerpunkte Küstenebene, Tal Jesreel und Ost-Galiläa formten. Der neue Leiter der Siedlungsabteilung, Eschkol, trieb die expansive Politik nach dem Zweiten Weltkrieg energisch voran. Besonderen Wert legte er darauf, die Wüste Negev für den jüdischen Staat zu gewinnen.

In dieser Zeit des Unfriedens brachte der *Jischuv* einen neuen Typ von Fachkräften hervor, verkörpert etwa durch Josef Weitz, den Direktor des Jüdischen Nationalfonds, und Josef Avidar (Rochel), den Leiter der technischen Abteilung der *Hagana*. Im Unterschied zu den ausgebildeten Agronomen der Vorkriegsgeneration gehörten Weitz und Avidar zu einer Generation von Autodidakten, deren Werdegang in Palästina als Landarbeiter begonnen hatte. Während die ältere Garde von Siedlungsfachleuten mit strategischem Denken allenfalls geliebäugelt hatte, stand dieses für die neue Generation im Zentrum. Kaum war 1936 in Tel Amal die erste Wehrsiedlung gegründet, setzte sich Weitz energisch für den weit gestreuten Einsatz dieses Modells ein, das sich als ideales Mittel zur Etablierung jüdischer Präsenz in abgelegenen ländlichen Gebieten erwies, da die Bewohner rasch zu mobilisieren waren, vorgefertigte Bauteile verwendet wurden und militärische Verteidigung vorgesehen war. Bei der Errichtung von Türmen und Wehrsiedlungen arbeitete Weitz eng mit der Führungsspitze der *Hagana* zusammen, wobei für die Planung etlicher dieser Siedlungen, darunter Hanita in West-Galiläa und Dafna im Hule-Tal, Avidar verantwortlich zeichnete.

Avidar war ein mit allen Wassern gewaschener Soldat. 1943 entwarf er zusammen mit Weitz und dem Militärfachmann Raphael Lev einen wirksamen Langzeitplan für die landwirtschaftliche Entwicklung des *Jischuv*. Da dieser Plan ausschließlich strategische Ziele berücksichtigte, waren darin neben der *Hitjaschvut ovedet* keine anderen landwirtschaftlichen Modelle vorgesehen. Man ging davon aus, dass der *Kibbuz* mit seinem engen Zusammenhalt strategische Vorteile habe und daher für isolierte Gebiete die am besten geeignete Siedlungsform sei, wohingegen in sichereren Gegenden *Moscha-*

vim errichtet wurden. In dem von Rebellion erschütterten und von Krieg bedrohten *Jischuv* war keine Zeit für die Debatten um wirtschaftliche Vorzüge und Nachteile des *Kibbuz*, welche die zionistische Bewegung während der 1920er Jahre so beschäftigt hatten.

Nicht alle Siedlungsfachleute der Zeit nach 1936 befürworteten den neuen Kurs der zionistischen Siedlungspolitik. Ruppin etwa lehnte die Expansionstaktik mit der Begründung ab, sie sei zu kostspielig. Wie seine Kollegen in der zionistischen Führung verfolgte auch Ruppin ein politisches Programm, allerdings mit konträrer Ausrichtung: Ihm schwebte ein noch kleinerer jüdischer Siedlungskomplex vor als der von der Peel-Kommission vorgesehene, damit sich die Zahl der unter jüdische Herrschaft fallenden Araber verringerte. Doch ungeachtet der bestimmenden Rolle, die er im zionistischen Siedlungswerk gespielt hatte, gab Ruppin inzwischen nicht mehr den Ton an. Bei all seinen Talenten war er doch kein Taktiker, und im Zeitalter des militanten Zionismus waren dessen Leiter aufgefordert, sowohl strategisch als auch konstruktiv zu denken. Im Gegensatz zu Ruppin entsprach Weitz' Einstellung allerdings durchaus dem neuen Zeitgeist. Der Umfang seines faktischen Einflusses auf die Politik ist zwar umstritten. Fest steht jedoch, dass Weitz an der geplanten Zwangsumsiedlung von Arabern aus nachmals jüdischen Territorien großes Interesse zeigte und während des israelischen Unabhängigkeitskriegs für die Vertreibung arabischer Bevölkerung aus strategisch bedeutsamen ländlichen Gebieten plädierte.

Für die militante Phase des Zionismus war Weitz der archetypische Technologe. Die Fachleute des neuen Zeitalters waren Männer der Planung und Verwaltung, die mit ihren politischen und militärischen Vorgesetzten darin übereinstimmten, dass sie strategisches Denken als einen integralen Bestandteil des zionistischen Aufbauwerks betrachteten. Die neue Betonung des militärischen Werts der *Hitjaschvut ovedet* fügte sich in ältere Vorstellungen von deren politischen und wirtschaftlichen Vorzügen ein. Die neuen Siedlungsexperten verfügten zwar über das für ihre Arbeit erforderliche technische Wissen, aber nicht dies qualifizierte sie in den Augen ihrer Genossen zur Übernahme von Führungsaufgaben. Was zählte, war vielmehr der Weg, auf dem sie dieses Wissen erworben hatten – aus der praktischen Arbeit heraus, nicht am Schreibtisch, völlig integriert in die Gemeinschaft der zionistischen Arbeiterbewegung – und die Tatsache, dass sich die Vorstellun-

gen dieser Fachleute mit den politischen Zielen der Führungsspitze der Arbeiterpartei deckten.

Im jungen Staat Israel wurde Technologie in den Dienst einer Weltanschauung gestellt, in der Staatsräson, Nationalismus und Sozialismus ein untrennbares Ganzes bildeten. Die Symbolfigur des zionistischen Unternehmers, der Pionierarbeiter, wurde nicht nur als hochmotiviert und ausdauernd dargestellt, sondern auch als technisch versiert. Der technisch bewanderte Pionier sicherte sich selbst einen anständigen Lebensstandard und versorgte zugleich die bedrängte Nation mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln und Industrieprodukten. Wie in anderen revolutionären Bewegungen überall auf der Welt war auch die Führungsspitze der zionistischen Arbeiterbewegung davon überzeugt, dass die Nutzbarmachung der kreativen Macht der Technologie einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus bedeutete. Aus all diesen Gründen kam den Fachkräften der zionistischen Arbeiterbewegung eine wichtige Funktion für den Aufbau einer sozialistischen hebräischen Republik zu.

Die moderne jüdische Sozialpolitik bildete sich vor und gleichzeitig mit der zionistischen Bewegung heraus. Wie die ZO hatten auch die Träger der jüdischen Sozialpolitik ihre Fachleute, die in der Lage waren, Technologien für das Wohl des gesamten jüdischen Volkes zu entwickeln und einzusetzen. Das Besondere der zionistischen Bewegung war die Politisierung des Technischen, die Unterordnung von fachlichem Können unter die Errichtung eines autonomen Gemeinwesens. Ebenso einzigartig war die zionistische Wertschätzung angewandter Wissenschaft und ihrer Praktiker: prometheische Figuren, die technisches Wissen nicht als etwas Hermetisches oder Esoterisches auffassten, sondern als ein gemeinsames Gut der hebräischen Nation – als Mittel zu ihrer Wiederherstellung im Staate Israel.

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Beit Itzhak Archive
via the PikiWiki – Israel
free image collection
project

Abb. 2: Central Zionist Archives, Jerusalem